



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Thomas Rother (SPD)

**und**

## **Antwort**

**der Landesregierung** – Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

### **Pakt für den Rechtsstaat - Personalaufbau und Finanzierung**

Vorbemerkung des Fragenstellers:

In dem Pakt für den Rechtsstaat haben der Bund und die Länder unter anderem vereinbart, dass die Länder bis zum 31. Dezember 2021 insgesamt 2.000 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zuzüglich des dafür notwendigen Personals schaffen und besetzen. Zur Unterstützung bei der Umsetzung stellt der Bund den Ländern einmalig finanzielle Mittel in Höhe von 220 Millionen Euro, aufgeteilt auf zwei Tranchen in Höhe von jeweils 110 Millionen Euro, durch Festbeträge im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung.

1. Wie viele neue Stellen wurden zur Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat in Schleswig-Holstein in welchem Zeitraum, nach welcher Eingruppierung, zu welchem Anteil, an welchen Gerichten und Staatsanwaltschaften geschaffen?

#### Antwort

In den Jahren 2017 bis 2020 wurden die nachfolgend genannten Planstellen und Stellen geschaffen:

#### **A. Richter- und Staatsanwaltsdienst**

Stellenanzahl	BesGr.	Gericht/Staatsanwaltschaft
<b>a) Ordentliche Gerichtsbarkeit</b>		
4	R 2	Ordentliche Gerichtsbarkeit
15	R 1	Ordentliche Gerichtsbarkeit
<b>b) Staatsanwaltschaften</b>		
1	R 2	Generalstaatsanwaltschaft
1	R 2	Staatsanwaltschaft Itzehoe
9	R 1	alle Staatsanwaltschaften
6	R 1	Staatsanwaltschaft Itzehoe und Lübeck
2	R 1	Staatsanwaltschaft Flensburg
<b>c) Verwaltungsgerichtsbarkeit</b>		
1	R 3	Oberverwaltungsgericht
3	R 2	Oberverwaltungsgericht
4	R 2	Verwaltungsgericht
12	R 1	Verwaltungsgericht

Diese Planstellen und Stellen verteilen sich auf die Jahre 2017 bis 2020 wie nachfolgend ersichtlich:

	Stellenanzahl	BesGr.	Gericht/Staatsanwaltschaft
<b>2017</b>	2	R 2	Verwaltungsgericht
	6	R 1	Verwaltungsgericht
	3	R 1	Ordentliche Gerichtsbarkeit
<b>2018</b>	1	R 2	Generalstaatsanwaltschaft
	1	R 2	Oberverwaltungsgericht
	2	R 2	Verwaltungsgericht
	6	R 1	Verwaltungsgericht
	2	R 1	Staatsanwaltschaft Flensburg
	6	R 1	alle Staatsanwaltschaften
	4	R 1	Ordentliche Gerichtsbarkeit
<b>2019</b>	1	R 3	Oberverwaltungsgericht
	2	R 2	Oberverwaltungsgericht
	2	R 1	alle Staatsanwaltschaften
<b>2020</b>	4	R 2	Ordentliche Gerichtsbarkeit
	1	R 2	Staatsanwaltschaft Itzehoe
	6	R 1	Staatsanwaltschaft Itzehoe und Lübeck
	1	R 1	alle Staatsanwaltschaften

	8	R 1	Ordentliche Gerichtsbarkeit
--	---	-----	-----------------------------

Zwischen dem 1. Januar 2017 und dem 31. Dezember 2020 sind insgesamt 58 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Schleswig-Holstein neu geschaffen worden.

Die Zuordnung der neu geschaffenen Planstellen zu den verschiedenen (Fach-) Gerichtsbarkeiten und Gerichten sowie den Staatsanwaltschaften (Justizbehörden) und ihre Wertigkeit (Besoldungsgruppen R 1 bis R 3) ergibt sich aus dem jeweiligen Haushaltsplan.

Soweit Stellen zum Teil bestimmten Justizbehörden nicht zugeordnet wurden, stehen sie für den Einsatz von Richterinnen und Richtern auf Probe (auch im staatsanwaltschaftlichen Dienst), die während der Probezeit ohnehin nicht auf bestimmten Justizbehörden zugewiesenen Planstellen geführt werden, bei allen Justizbehörden der angegebenen Gerichtsbarkeit oder der Staatsanwaltschaft zur Verfügung. Für den Einsatz der Richterinnen und Richter auf Probe bzw. Staatsanwältinnen (im Richterdienstverhältnis auf Probe) bei bestimmten Justizbehörden sind die oberen Landesgerichte bzw. die Generalstaatsanwaltschaft zuständig und weisen diese bedarfsabhängig den einzelnen Justizbehörden zu. Eine Aussage darüber, mit welchem Anteil eine neu geschaffene Planstelle in dem Berichtszeitraum bei welcher Justizbehörde genutzt wurde, ist deshalb nicht möglich.

**B. Nichtrichterlicher Dienst**

Stellenanzahl	BesGr./EG	Gericht/Staatsanwaltschaft
<b>a) Ordentliche Gerichtsbarkeit</b>		
2	A 12	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Rechtspflegerdienst)
14	A 9 LG 1.2	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
3	A 8	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
1	E 11	Oberlandesgericht (Verfahrenspflege „forumSTAR“)
2	E 10	Oberlandesgericht (Verfahrenspflege „forumSTAR“)
5	E 9	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
<b>b) Staatsanwaltschaften</b>		
2	A 13	alle Staatsanwaltschaften (Amtsanwaltsdienst)
2	A 13	alle Staatsanwaltschaften (Rechtspflegerdienst)
4	A 12	alle Staatsanwaltschaften (Rechtspflegerdienst)
1	A 11	alle Staatsanwaltschaften (Gerichtshilfe)
8	A 9 LG 1.2	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
1	E 11	alle Staatsanwaltschaften (Bilanzbuchhalter)
10	E 9	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
<b>c) Verwaltungsgerichtsbarkeit</b>		
1	A 12	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Rechtspflegerdienst)
1	A 6	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Justizwachtmeisterdienst)
9	E 9	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
<b>d) Sozialgerichtsbarkeit</b>		
1	A 10	alle Sozialgerichte (Rechtspflegerdienst)

Diese Stellen verteilen sich auf die Jahre 2017 bis 2020 wie nachfolgend ersichtlich:

Jahr	Stellenanzahl	BesGr./EG	Gericht/Staatsanwaltschaft
<b>2017</b>	1	A 12	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Rechtspflegerdienst)
	10	A 9 LG 1.2	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
	1	A 6	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Justizwachtmeisterdienst)
	2	E 9	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
<b>2018</b>	2	A 12	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Rechtspflegerdienst)
	3	A 9 LG 1.2	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
	4	A 9 LG 1.2	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
	3	A 8	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)

	6	E 9	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
<b>2019</b>	2	A 13	alle Staatsanwaltschaften (Amtsanwaltsdienst)
	1	A 12	alle Staatsanwaltschaften (Rechtspflegerdienst)
	1	A 11	alle Staatsanwaltschaften (Gerichtshilfe)
	1	A 10	alle Sozialgerichte (Rechtspflegerdienst)
	5	A 9 LG 1.2	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
	1	E 11	alle Staatsanwaltschaften (Bilanzbuchhalter)
	1	E 11	Oberlandesgericht (Verfahrenspflege „forum-STAR“)
	2	E 10	Oberlandesgericht (Verfahrenspflege „forum-STAR“)
	1	E 9	Verwaltungsgerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)
<b>2020</b>	2	A 13	alle Staatsanwaltschaften (Rechtspflegerdienst)
	3	A 12	alle Staatsanwaltschaften (Rechtspflegerdienst)
	10	E 9	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
	5	E 9	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)

Zwischen dem 1. Januar 2017 und dem 31. Dezember 2020 sind in den nichtrichterlichen Diensten insgesamt 67 Stellen neu geschaffen worden.

Für den nichtrichterlichen Dienst erfolgten im Rahmen des Paktes für den Rechtsstaat die in der Tabelle ausgewiesenen Stellenzuwächse. Dabei sind die Planstellen als „fliegende Stellen“ in der Regel keinen konkreten Justizbehörden zugewiesen, sondern werden von den jeweiligen Oberbehörden nach Bedarf für den Personaleinsatz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ihres jeweiligen Geschäftsbereichs genutzt.

2. Wie viele neue Stellen sind zur Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat in welchem Zeitraum, nach welcher Eingruppierung, zu welchem Anteil, an welchen Gerichten und Staatsanwaltschaften noch geplant?

#### Antwort

Für das Jahr 2021 hat die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf 2021 die Schaffung folgender Planstellen vorgesehen:

Berufsgruppe	Stellenanzahl	BesGr.	Bereich
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte:	1	R 2	Generalstaatsanwaltschaft
	3	R 1	alle Staatsanwaltschaften
Richterinnen und Richter	6	R 1	Ordentliche Gerichtsbarkeit
Nichtrichterlicher Dienst:	6	A 9 LG 1.2	Ordentliche Gerichtsbarkeit (Serviceeinheiten)

	4	A 9 LG 1.2	alle Staatsanwaltschaften (Serviceeinheiten)
--	---	------------	--

3. Ist der Landesregierung bekannt, ob die Länder in ihrer Gesamtheit bereits 1.000 bzw. 2.000 neue Stellen zur Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat geschaffen haben?

Antwort

Nach dem ersten Bericht der Länder zur Umsetzung des Beschlusses der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf einen Pakt für den Rechtsstaat vom 1. Juli 2019 hatten die Länder zu diesem Zeitpunkt mit rund 1.200 neuen Stellen in der R-Besoldung mehr als die Hälfte der vereinbarten 2.000 Stellen neu geschaffen, so dass die Voraussetzung für die erste Abschlagszahlung des Bundes in Höhe von 110 Mio. Euro gegeben war. Das Bundeskanzleramt geht davon aus, dass bis zum 31. Dezember 2021 insgesamt 2.000 neue Stellen in der R-Besoldung und damit Voraussetzungen für die Umsetzung der zweiten Tranche in Höhe von 110 Mio. Euro geschaffen werden. In welchem Umfang die Länder in ihrer Gesamtheit ihren Pflichten zur Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat zum gegenwärtigen Zeitpunkt nachgekommen sind, entzieht sich der Kenntnis der Landesregierung.

4. Hat das Land bereits finanzielle Mittel aus dem Pakt für den Rechtsstaat über die vertikale Umsatzsteuerverteilung vom Bund erhalten? Wenn ja, wann und in welcher Höhe? Wenn nein, wann ist mit deren Bereitstellung und in welcher Höhe zu rechnen?

Antwort

Das Land hat im Dezember 2019 über die vertikale Umsatzsteuerverteilung vom Bund im Rahmen der ersten Tranche (insgesamt 110 Mio. Euro für die Ländergesamtheit) Mittel in Höhe von rund 3,7 Mio. Euro erhalten. Die zweite Tranche (ebenfalls 110 Mio. Euro) soll auf der Grundlage eines zweiten Berichts erfolgen, in dem dokumentiert wird, dass die Ländergesamtheit im Zuständigkeitsbereich der Justiz ihrer Selbstverpflichtung zur Schaffung und Besetzung von insgesamt 2.000 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bis zum 31. Dezember 2021 nachgekommen ist.